

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheim täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 119.

Freitag den 23. Mai 1930.

88. Jahrgang.

Ortschaften

Berlin, 22. Mai. Zur Umschuldung der landwirtschaftlichen Kredite im Osten wird eine deutsche Ablösungsbank gegründet werden.

Landwirtschaftl. Genossenschaft. Zentralfasse.
Im Ausschuss der Verbandversammlung fand die 37. ordentliche Generalversammlung der Landw. Genossenschafts-Zentralfasse e. G. m. b. H. unter dem Vorsitz des Aufsichtsratsvorsitzenden Oberreg. Rat a. D. Bauer und unter starker Beteiligung der Vertreter der angeschlossenen Genossenschaften statt. Den Geschäftsbericht für 1929 erstattete Direktor Greiner. Dem Bericht ist u. a. zu entnehmen, daß der Zentralfasse auf 31. Dezember 1929 1736 Mitglieder genossenschaftlich waren, worunter 1616 Darlehensgenossenschaften und Genossenschaftsbanken. Der Gesamtumsatz betrug sich auf beiden Seiten des Hauptbuchs auf rund 1.531.000.000 Mark. An Krediten wurden an die angeschlossenen Genossenschaften rund 3 Mill. ausgegeben. Die Geschäftsergebnisse belaufen sich auf rund 7 Mill. Das Immobilienkonto besteht in der Bilanz mit 29.000 Mark. Der Verrechnungsfonds (für die Aufwertung der früheren Papiermarktschulden) bestimmt ist auf 1.100.000 Mark angewachsen. Zusätzlich dieser Fälligkeit werden an Krediten nach erfolgter Zuweisung aus dem Reingehalt von 1929 insgesamt 2.000.000 Mark ausbezahlt. Die Bilanz 1929 weist noch vorgenommenen Abrechnungen einen Reingehalt von 180.000 Mark auf, wovon entsprechend dem Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats überwiesen wurden dem gesetzlichen Referenzfonds 50.000 Mark, dem Betriebsfonds 25.000 Mark, dem Verrechnungsfonds (für Aufwertung) 100.000, auf neue Rechnung 500 Mark. Die Ausschüttung einer Dividende kommt für das Berichtsjahr in Betracht, weil die Geschäftsstelle vorläufig noch aus dem den Genossenschaften eingeräumten Kredit zinslos entnommen sind. Im Ausschuss an allgemeine wirtschaftliche Betrachtungen ist in dem Bericht noch weiter ausgeführt, daß im Berichtsjahr leider eine weitere Verschlechterung in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Landwirtschaft eingetreten und diese geradezu vor die Existenzfrage gestellt ist. Die Rechnung und Bilanz wurden von der Generalversammlung genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Im Laufe der Verbandversammlung ergriff auch Wirtschaftsminister Dr. Meier das Wort, um dem Verband die Grüße der Staatsregierung zu überbringen. Er freute sich, dem Verband und allen seinen Organen und Untergenossenschaften und allen, die hier mitarbeiten, die Anerkennung auszusprechen zu dürfen für die wertvolle Arbeit, die hier auch im letzten Jahre geleistet wurde zum Nutzen der Genossenschaften und der gesamten Volkswirtschaft. Im Wirtschaftsministerium habe man sich auch im abgelaufenen Jahr bemüht, mit den Genossenschaften die Fälligkeit zu erhalten und es sei diese Tätigkeit eine besonders erhellende Seite unseres Staatslebens. Die Regierung habe sich auch bemüht, der Agrarpolitik ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen, besonders bei ihrem Einfluß auf die Kreditgesetzgebung; sie werde sich von diesen Gedanken auch in Zukunft leiten lassen. Zum Schluß betonte der Minister, er wünsche dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften auch im neuen Geschäftsjahr gute Erfolge im Interesse der Landwirtschaft und des Staatswesens und der Wirtschaft im ganzen. Weitere Begrüßungswörter richteten Direktor Brenning für den Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Professor Dr. Müllinghaus für die Brennkasse sowie Professor Dr. Rindermann für die Landwirtschaftliche Hochschule Dohrenheim, wobei er an die Spitze seiner Ausführungen die Forderung stellte, daß noch höher als die wirtschaftlichen Kräfte die sittlich-religiösen zu fördern seien.

Bei den Wahlen in den Verbandsausschuss wurden Dr. Beyer-Sigmaringen und Verwaltungssachverständiger Köhler-Glavaner neu gewählt. Eine sehr eingehende und teilweise recht ernste Erörterung entspann sich beim letzten Punkt der Tagesordnung: Wünsche und Anträge. Ein Vertreter aus dem Bezirk Ballungen übte scharfe Kritik an der Jinspannung der Zentralfasse; die Jinspannung zwischen dem Reichsbankkontostand und dem Jins der Zentralfasse sei nicht mehr erträglich; man sollte sich mit einem Prozent Spanne begnügen. Ferner sei eine Ermäßigung des Verbandsbeitrags dringend notwendig. Zum Vorsitzenden wurde hierzu ausgeführt, die Frage der Verbandsbeiträge solle nachgeprüft und wegen der Jinspannung in der Versammlung der Zentralfasse Ausdruck gefunden werden. Darauf ergriff Staatsrat Rath das Wort, um die Kritik des ersten Debattierenden zurückzuweisen. Die Arbeit im Verband werde gar nicht so gewertet, wie sie es verdiene; es sei bedauerlich, daß ein großer Teil der Versammlung den Wahlen Ausführenden des ersten Redners zugestimmt habe. In der weiteren Ausdeutung wandten sich einige Redner ebenfalls gegen die Angriffe auf die Verbandsleitung und die Versanten, betonten jedoch, daß der Redner aus übervollem Herzen gesprochen habe. Direktor Greiner führte aus, die Jinspannung betrage nicht zwei bis drei, sondern nur ein Prozent. Es müsse hier überhaupt unterschieden werden zwischen Geld- und Kapitalmarkt. Eine planmäßige weitere Ermäßigung der heutigen Jinslage erscheine gemäß notwendig. Von den sehr angelegten Geldern der Zentralfasse, bei denen der Jinslag bis sieben Prozent betrage, kommen 95 Prozent dieser Anlagen in Betracht. Unter eine Jinspannung von ein Prozent könne selbstverständlich nicht herabgegangen werden.

Spar-Anträge beim Wehr-Gesetz.

Berlin, 22. Mai. Im Reichstag haben die Regierungsparteien Anträge eingebracht, wonach beim Hausat der Reichswehrministeriums eine Anzahl von Titeln ermäßigt

werden sollten, die insgesamt eine Ersparnis von ungefähr 1,2 Millionen Mark bringen. Die Sozialdemokraten haben Anträge zum Reichsbudget eingebracht, wonach eine Anzahl von Kapiteln, die die Beschaffung und Unterhaltung der Kanonen, Kanonen von Bieren, Instandhaltung von Festungswerken usw. betreffen, getrimmt werden sollen. Durch diese Anträge soll eine Ersparnis von über 50 Millionen Mark erzielt werden. Die Deutsche Volkspartei erludt in einem Antrag die Reichsregierung, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Regelung und den Schutz der Berufsbezeichnung „Architekt“ vorzulegen.

Immer neue Steuerpläne.

Berlin, 22. Mai. Ueber die Finanzlage der Reichsanhalt für Arbeitslosenversicherung soll heute eine Parteiführer-Besprechung beim Reichsanwalt abgehalten werden. Das Dankschreiben der Arbeitslosenversicherung heißt immer neue Steuer. So will man bereits, wie schon gemeldet, die Beiträge um ein volles Prozent hinaufsetzen, und trotzdem wird vielfach bezweifelt, ob bei dem ständig wachsenden Defizit neben den Einsparungen durch Reformen auch diese Maßnahme ausreichen wird, das Loch für das laufende Jahr zu stopfen. Es muß also damit gerechnet werden, daß außerdem noch ein Rückgriff auf „unausgeschöpfte Steuermöglichkeiten“ gemacht wird, wie es so schon heißt. Der „Vorwärts“ greift in diesem Zusammenhang den Gedanken des Notopfers, der vom Zentrum neuerdings propagiert wird, begierig auf. Aber während das Zentrum offenbar auf ein allgemeines Notopfer der Festsetzungen hinaus will, fordert die Sozialdemokratie eine „Sonderbesteuerung der Vermögensfähigen“. Die Sozialdemokratie will, so begründet der „Vorwärts“ diese Forderung, daß mit der hohen Einkommen über 8000 Mark jährlich herangezogen werden, die unter dieser Grenze liegenden Einkommen mithin von einer herabgesetzten Sozialabgabe frei bleiben.

Die Senkung der Kapitalverkehrssteuer.

Berlin, 22. Mai. Die Reichsregierung hat vom Reichstag die Ermächtigung zur Senkung der Kapitalverkehrssteuer und Kapitalvertragssteuer verlangt. In der Begründung, die gestern zwischen den Steuerfachverständigen der Regierungsparteien und dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Ministerialdirektor Jordan, stattfand, wurde mitgeteilt, in welcher Weise die Regierung von dieser Vollmacht Gebrauch machen will. Es ist beabsichtigt, zunächst im Laufe dieses Jahres bei der Kapitalverkehrssteuer den Emissionssteuermäßigkeiten und Aktien von 4 auf 2 Prozent bzw. von 2 auf 1 Prozent herabzusetzen. Außerdem soll die Körperschaftsteuer um 1/2, d. h. von 1 1/2 pro Mille auf 1 pro Mille gesenkt werden. Die Kapitalvertragssteuer soll erst ab 1. Januar 1931 fortfallen. Da der Ertrag aus diesen Steuern aber nicht sehr groß ist, von ihrer Beseitigung oder Ermäßigung aber eine erhebliche Kreditvermehrung erwartet wird, soll sie unter allen Umständen durchgeführt werden.

Die Verurteilung des Oberbürgermeisters Böß.

Berlin, 21. Mai. Gegen das Urteil, durch das Oberbürgermeister Böß gegen vom Disziplinargericht unter Jubilierung von zwei Dritteln seiner Pension mit Dienstentlassung bestraft wurde, haben seine beiden Verteidiger heute Berufung eingelegt. Sie wenden sich gegen einzelne Sachverhalte sowie gegen die Höhe der Strafe. Nach der P. 3 am Mittwoch begründet das Disziplinargericht die Höhe der Strafe damit, daß Oberbürgermeister Böß der erste Bürger der ersten Stadt Deutschlands war, was ihm ganz besondere Pflichten auferlegte, so daß seine Dienstverfehlungen auch ganz besonders ins Gewicht fallen. Ihn in seiner Stellung zu belassen, wäre nicht mehr möglich gewesen, da er das Vertrauen der Bürgerschaft verloren habe. Es wird damit gerechnet, daß die Berufungsberatung vor dem Oberverwaltungsgericht erst nach den Gerichtsserien wird stattfinden können. Als eine besondere Schwierigkeit wird es angesehen, daß Senatpräsident Gräber vor Beginn der Disziplinargericht für die Berliner Angelegenheiten ist. Im Zusammenhang mit seinem bekannten Brief in der Angelegenheit des früheren Innenministers Gräber an den Ministerpräsidenten Dr. Brauns ermogt die Verteidigung Gräbers Ablehnung wegen Befolgung der Weisungen, weil er bereits öffentlich seine Stellungnahme zu den Berliner Vorgängen zum Ausdruck gebracht habe. Nebenbei wird im Zusammenhang mit der Verhandlung gegen Böß in parlamentarischen Kreisen der Gedanke erwogen, die Öffentlichkeit des Disziplinargerichtens auch für Verhandlungen gegen Kommunalbeamte einzuführen.

Ausland.

London, 22. Mai. Die englische Regierungskrise wird auch von dem Organ der Arbeiterpartei, allerdings aus taktischen Gründen, als sehr bedenklich hinstellt. Die englischen Konservativen haben gegen den englischen Arbeitsminister einen Misstrauensantrag eingebracht.

Ultimatum der Heimwehren.

Wien, 22. Mai. Die Heimwehren haben dem Bundeskanzler Schuber ein Schriftstück überreicht, mit dem sie nicht weniger als die Staatsgewalt für sich fordern. Sie verlangen in dem Schreiben die Überlassung des Innenministeriums und den Vortritt des Polizeipräsidenten, um selber die Auflösung des republikanischen Schutzbundes durchzuführen. Major Rabl, der in Deutschland am Kap-Butsch teilgenommen hat und in Oesterreich der Generalstabchef der Heimwehren ist, war offenbar der Inspirator dieser Forderung. Wenn auch in Oesterreich solche Aktionen ohne Aufregung beurteilt werden müssen, kann doch nicht geleugnet werden, daß Schuber vor sehr ernsten Entscheidungen steht. Das Schreiben der Heimwehr macht im einzelnen die folgenden Vorschläge:

1. Die Staatsregierung führt unter Mitwirkung der Heimwehren die Entwaffnung der staatsfeindlichen Organisationen durch. 2. Für die Zeit dieser Entwaffnungsmassnahme übernimmt ein von der Bundesführung der Heimwehren vorgeschlagener Vertrauensmann das Innenministerium, das diese Entwaffnungsmassnahme als oberste Behörde leitet. 3. Ebenso wird der Vortritt des obersten Beamten, dem die Angelegenheiten der Polizei unterstehen, mit einem Vertrauensmann der Heimwehren besetzt. Unter anderen Voraussetzungen als bisher und zu einem anderen Zeitpunkt als nach völliger Durchführung der Entwaffnung des republikanischen Schutzbundes kann die Bundesführung der Heimwehren niemals ihre Hand für irgendwelche gesetzgeberischen Maßnahmen hinsichtlich der Entwaffnung rücken. Amerschieden ist dieses Schreiben von dem Bundesführer Dr. Steidle und Dr. Briemer. Dr. Schuber hat Steidle und Briemer sofort nach Empfang des Schreibens nicht im Zweifel gelassen, daß er die in dem Brief enthaltenen Forderungen für unannehmbar halte. Die Folge wird aber zeigen, ob die Regierungsparteien festbleiben. Die Heimwehren scheinen darauf zu zielen, daß ein Teil der Christlich-Sozialen und vielleicht auch der Großdeutschen es nicht wagen wird, sich gegen die Heimwehren zu stellen, und daß damit für die Regierung Schobers im Nationalrat die Mehrheit verloren geht.

Poincaré revidiertes Schuldurteil.

Paris, 21. Mai. Raymond Poincaré hat über die Kriegsschuldfrage ein in 14 Punkte gegliedertes Buch vollendet, das in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Ein junger Historiker, Professor Gerin, stellte vor Jahresfrist dem früheren Präsidenten der Republik 11 Fragen, die sich auf das bisher gegen die Kriegsschuldfrage angelegte Tatsachenmaterial beziehen. Gerin ersuchte Poincaré, sich zu dem Charakter der französisch-russischen Allianz, über die Wissenschaften Jowitsch zu äußern und weit auf Widerlegung hin, die sich in Poincarés Werk über den Kriegsaufklärung nachweisen lassen. Darauf gibt Poincaré Antwort und legt Wert darauf festzustellen, daß es sich diesmal um sein „endgültiges Urteil“ handle. Dem vorliegenden Buch ist entnommen: Poincaré gibt die Erklärung ab, daß die französische Regierung auf Grund des Abkommens mit Rußland nicht für autorisiert gehalten hätte, Deutschland den Krieg zu erklären. „Wir würden die Frage vor das Parlament gebracht haben, denn das war unsere elementare Pflicht“, schreibt er. Er beschuldigt die zaristische Regierung gegenüber Frankreich nicht korrekt gehandelt zu haben. „Es hätte sich“, so betont er nachdrücklich, „ohne Zweifel für die russische Regierung gepaßt, uns um Rat zu fragen, aber nicht auf eigene Faust vorzugehen, trotz der Empfehlungen, die sie von dem Ministerpräsidenten Viviani erhielt.“ Dagegen beschuldigt Poincaré Deutschland, genau gewußt zu haben, daß die Besetzung Belgrads zu einer Beschleunigung des Rußlandbruchs führen werde. Selbst ein Angriff Oesterreich-Ungarns auf Rußland hätte Frankreich nicht gezwungen, zu den Waffen zu greifen, solange Deutschland ruhig bleiben würde. (2) Es sei nicht in der Absicht der Entente-Mächte gewesen, eine Don-Luisotte-Politik zu treiben und Serbien zu Hilfe zu eilen. Aber Oesterreich habe Serbien den Krieg erklärt, obwohl ihm von Deutschland abgeraten wurde, dies zu tun. Infolgedessen habe Oesterreich-Ungarn eine vollkommen unmoralische Gewalttat begangen und eine Lage geschaffen, deren Ernst es nicht erkannte. Oesterreich-Ungarn nahm eine schwere Verantwortung auf sich. Was Frankreich betrafte, so habe es den Krieg gegen seinen Willen auf sich genommen, nachdem es hierzu von Deutschland gezwungen wurde. Deutschland trage seinerseits die Verantwortung für den Angriff und für alle Kriegsverbrechen von 1913 bis 1914. Oesterreich-Ungarn habe die Schuld an der Katastrophe auf sich geladen und damit die Explosion hervorgerufen. Das ist die Quintessenz des sogenannten endgültigen Urteils Poincarés. Man muß sich darüber wundern, daß der bisher unerbittliche Anwalt der Kriegsschuldigen doch ein wenig nachgibt und hellenweise die Friedensabsichten Deutschlands im kritischen Augenblick anerkennt. Doch es handelt sich nur um eine formal-juristische Abkündigung früherer Behauptungen, die hier gegen das taiferliche Deutschland erhoben wurden. Kein Mensch hat sich sein Urteil trotz der zahlreichen Klarstellungen, die auch ihm bekannt sein müssen, nicht geändert. Am Schluß seines Buches rechnet Poincaré mit Emil Ladwig ab. Er nahm es dem Schriftsteller sehr übel, aus ihm, Poincaré, eine Art Romanfigur gemacht zu haben. Ganz besonders scharf lehnt Poincaré die Legende ab, daß er als Botsbringer jemals Nevannde herbeigewünscht habe. Um das Gegenteil zu beweisen, schildert er seine Friedenspolitik als Außenminister und Ministerpräsident und führt sogar das Argument an, daß er kurz vor dem Kriege die deutsche Botschaft besuchte. Er habe wohl darunter gelitten, Schlaf-Verbringen unter fremder Derrschafft zu leben, aber den mörderischen Krieg stets als ein Verbrechen betrachtet. Zum Schluß bekräftigt Poincaré noch einmal, daß die erste Verantwortung an der Katastrophe auf Oesterreich-Ungarn zurückzufälle.

Russolini spricht.

Mussolini weist augenblicklich in Mailand. Er hielt vor den Mailänder Arbeitern eine große Rede, in der er u. a. erklärte, daß die faschistische Regierung sich in den acht Jahren in ihrer Herrschaft immer des Schicksals der Arbeiter besonders angenommen habe. Auf Mussolinis Frage: „Wer hat 1923 das Gesetz für den Achtstundentag geschaffen? — Wer hat die Zuschüsse für die Arbeiterinnen während der Zeit der Mutterchaft erhöht? — Wer hat die Jugendversicherung gegen die Tuberkulose begründet?“ antwortete die Versammlung jedesmal mit dem einstimmigen Ruf: „Der Duce!“ Das sei



aus gegen-
berführung;
R. und in
Brandes in
des Feuers
er Motor-
b. Schleich-
in größter
Stadt. —
(100 R.M.)
at. H. wie
vorbeigegan-
wenn man
von beinahe
7 000 R.M.
ne weiteren
gen, wobei
R.M. ver-
dient was
insgesamt
für
es erst
Verhalt des
man mag
Prozent in
genommen
enigen, die
gemeinden
zwei Paar
men, wird
man schon
überlegen
die Konie
sparen an
Jugend-
einzelnen
R.M. An-
el 2 000
eben einer
000 R.M.
Ausgleichs-
den Volks-
bedekt die
französisch.)
Bücher
ein Meilen
wurde sehr
er Mitter-
nd, wurde
ger tragen
in ins Be-
dorfer Ge-
der Frau
egung bei
genommen:
gemachte
en, insam-
nter und
ung finden
el Wald-
lgen H.
aus dem
mitgerichtet
stegerische
der Stadt
mit sich im
die leicht
berichtet.
Überdies
e bittet in
die Seite
h die Be-
ure hand
e Augen

handlung durch den Landtag abgeordnet werden muß, falls der Gemeinderat zunächst von einer Stellungnahme ab-

Vermischtes.

Ward an einer Studentin. Seit Mitte April wurde die 31 Jahre alte Chemiestudentin Charlotte Müller aus Leipzig, die Tochter eines dortigen Rechtsanwalts, die im Bad Ober-Schlama im Erzgebirge zur Kur weilte, vermißt. Sie hatte am 13. April einen Ausflug unternommen, von dem sie nicht zurückgekehrt ist. Auch die Leiche ist noch nicht gefunden worden. In Chemnitz wurde jedoch auf dem Bahnhof von einem Mann ein Paket aufgegeben, das sich als der Vermißten gehörig herausstellte. In dem Paket befanden sich ihr Mantel und ihre Handtasche. Nun wurde der 31 Jahre alte Bauarbeiter Leisner aus Badua unter dem dringenden Verdacht festgenommen, die Studentin Charlotte Müller ermordet zu haben. Es war vor kurzem auch ein Brief, der sich auf die Suche bezog, an die Polizei in Zwickau gerichtet worden. Zwei Briefe geschrieben zu haben, soll Leisner bereits übergeben sein. Der Verhaftete wurde nacheinander dem Beamtensgegenübergestellt, der in Chemnitz auf dem Bahnhof das Obsequium angenommen hatte, in dem sich die genannten Gegenstände der Vermißten befanden. Der Beamte erkannte bei der Gegenüberstellung in Leisner den Mann wieder, der das Obsequium aufgegeben hatte.

Über Personen mit Bazillen vergiftet. Wie aus Kasan gemeldet wird, hat dort eine Stiefmutter ihre 3 Söhne und den Hauslehrer an eine merkwürdige Weise ums Leben gebracht. Als Angestellte an dem bakteriologischen Institut der Kaiserstadt verschaffte sie sich tödliche Bazillen und versetzte ihnen den Rindfleisch unter die Speisen. Zwei Söhne sind bereits gestorben. Der dritte Sohn und der Hauslehrer liegen im Sterben. Die Frau ist festgenommen worden.

Eine Erklärung Calmettes. Professor Calmette vom Institut Pasteur, der Entdecker des Tuberkulose-Bakteriums B.C.G., gibt im "Matin" eine Erklärung über die Vorgänge in Lübeck ab. "Das Institut Pasteur", so erklärte er, "steht dem Institut B.C.G. im fertigen Zustande nur in Frankreich. Es darf nur in freierem Zustande benutzt werden. Das Institut Pasteur trägt also keine Verantwortung für die Lübecker Vorfälle. Seit mehreren Jahren gibt das Institut den ausländischen Laboratorien, die den Antrag stellen, B.C.G.-Kulturen ab zu mah die entsprechenden Laboratorien kultivieren den Impfstoff an Ort und Stelle. Das Laboratorium von Lübeck hat im Juli 1929 B.C.G.-Kulturen erhalten, und am 26. März 1930 schrieb Dr. Alstedt uns, daß 50 Prozent der im Lübecker Staat geborenen Säuglinge ohne Zwischenfälle mit dem Impfstoff geimpft worden seien. Was ist also seitdem in Lübeck vorgegangen? Der im Institut Pasteur produzierte B.C.G.-Impfstoff ist an dem Lübecker Anglist Aderslich unschuldig."

„Graf Zeppelin“ am Aquator. Die letzte Position, die vom „Graf Zeppelin“ am Donnerstag um 5.30 Uhr Berliner Zeit gemeldet wurde, besagt, daß sich das Luftschiff 5 Grad 12 Minuten nördlicher Breite und 27 Grad 12 Minuten westlicher Länge, also über dem halben Weg zwischen den Kap Verdischen Inseln und Fernambuco, befunden hat.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 22. Mai. (Schlachtwirtschaft.) Dem Donnerstagmarkt am Markt, Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 1 Ochse, 15 Bohnen, 19 Jungstiere, 28 Kühe, 221 Kälber, 589 Schweine (von 34 Tiers aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen —, Jungstiere —, Kühe —, Kälber 82—88 (letzter Markt 83—87), c 72—80 (73—81), d 61—69 (60—70), Schweine a fette über 300 Pfd. 60—62 (63—64), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 60—63 (63 bis 68), c von 200—240 Pfd. 63—64 (65—67), d von 160—200 Pfd. 62—64 (64—66), Sauen 46—52 (49—53) Mk. Marktverlauf: Großvieh wegen schwachen Zutriebs nicht notiert, Kälber ruhig, Schweine langsam, fette Schweine schwer verkäuflich.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 22. Mai. Der Vermaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags legte heute seine Beratungen fort und behandelte u. a. einen Antrag Bauerl betr. Herabsetzung des Vermaltungs-Kostenbeitrags. Berichterstatter war der Abg. Kühle, der die geforderte Grundgebühr für die Anträge eingehend darlegte. Der Berichterstatter gab dann eine gegen die erwähnten Anträge gerichtete Eingabe des Kaufmanns Karl Monetha aus Ulm bekannt. Nach ausführlicher Debatte, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, wurde der Antrag Kühle, ein Einmischungsverbot zu erlassen, 1. durch Verhandlungen mit den Hypothekendarlehen eine Erhöhung der Tilgung zu erwirken, unter Umständen einen höheren Beitrag aus dem Vermögen der Banken gemäß Art. 76 der Durchführungsordnung vom 29. November 1923 festzusetzen, 2. die Eingabe des Karl Monetha aus Ulm für erledigt zu erklären, angenommen mit den Stimmen des Dr. P. P. W. P. P., P. P., P. P., der Stimmhaltung der Soz., Komm. und Völk. Der Antrag Bauerl wurde abgelehnt gegen 2 Stimmen (1 Komm., 1 Völk.).

Wasserburg a. Inn, 22. Mai. Ueber die Gegend von Schönfeld bei Wasserburg ging ein schweres Gewitter mit einer Windstille nieder. Die Windstille richtete ungeheuren Schaden an. In einigen Vierteln wurden die Häuser vollkommen abgedeckt, die Bäume entwurzelt. **Frankfurt a. M., 22. Mai.** Der seit einigen Wochen im Bad Nauheim zur Kur weilende Frankfurter Universitätsprofessor Dr. Wälder ist heute nacht aus einem Fenster der Hamburger Fleischhauerei-Stiftung gestürzt. Man vermutet, daß er beim Öffnen des Fensters das Gleichgewicht verloren hat. Professor Wälder zog sich bei dem Sturz schwere innere Verletzungen zu, denen er heute vormittag im Krankenhaus erlag. Der Gelehrte stand im 45. Lebensjahre und war außerordentlicher Professor der Zoologie und erster Deputy am hiesigen zoologischen Institut. Außerdem war er Mitbegründer der Zeitschrift für wissenschaftliche Zoologie.

Köln, 22. Mai. Die französischen Biologen der Biologischen Station haben heute die Anwesenheit erhalten, sich darauf vorzubereiten, daß sie das bestete Gebiet bis 14. Juni zu verlassen haben. **Moskau, 22. Mai.** Bei der heute nachmittag erfolgten Verleigerung gingen die Flugzeughallen auf dem Griesheimer Sand bei Pommersdorf für den Betrag von 100 200 Francs in den Besitz eines Moskauer Erzeugers über. Die Halle in Soperdorf in der Wolz wurde ebenfalls versteigert.

Recklinghausen, 22. Mai. Zur Betriebslage auf der Zeche Wagners-Viktoria in Hüls wird von der Verwaltung über den Stand am Donnerstag den 22. Mai, vormittags, mitgeteilt, daß das Hochwasser des Wassers mit Hebenmaschinen eingeschränkt werden mußte, trotz des Walfers nur noch durch Pumpen entfernt wird. Man vermutet bereits die Reinigung der Schächte in Angriff zu beabsichtigen, am Freitag den 23. Mai mit Teilen der Belegschaft wieder einzusetzen. Man rechnet ferner damit, in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder die alte Förderung zu erreichen.

Esper, 22. Mai. Die französische Abenteurerin, etwa 20 Jahre alt, Mittwoch nachmittag 12 1/2 Uhr abgezogen.

Schuh-Weigel Pforzheim, das Spezialhaus für Reform- und orth. Fuß-Bekleidung. Corsana - Stefan - Medikus Schuh und Stiefel ärztlich empfohlen. Sonder-Abteilung für neuestliche Fußpflege (Massage).

Stadelmann's Photo-Atelier Birkenfeld
Zweiggeschäft Neuenbürg
Sonntags von 11—1 Uhr
Mittwochs von 1—4 Uhr
Anmeldung erwünscht

Wenn Geld zu Sie mäßigen Jinsätze brauchen, so wenden Sie sich **Vertrauensvoll** an mich u. erteile kostenlos Auskunft. Senden Sie heute Ihre Adresse unter Chiffre **„Vertrauenssache“** der Engländer-Geschäftsstelle.

Conweiler. Wegen Aufgabe meines Fuhrbetriebs
verhaufe ich: 4 vollständige Langholzwagen mit Geschirr, 2 Spännig 1 teil. neu, 1 Break, 1 schweres, erstklassiges Pferd (5-jährig) unter jeder Garantie. Es kann jeden Tag ein Kauf mit mir abgeschlossen werden.
Wilhelm Henschler j. „Somie“.

Die neuen **Damen-Hüte**
2.90 5.90 7.90
nur von **Fertig, Pforzheim**
Schloßberg 7
früher Laden von Krüger & Wolff.



Rama im Blauband
doppelt so gut
1 Pf 50 Pf
mit Garantie Zertifikat für frische Qualität

Jugend kennt keine Not: noch gibt's ja „Rama im Blauband“ auf's Brot!
Das ist aber auch eine edle Margarine, reich an Vitaminen, nahrhaft und bekömmlich, frisch und lecker. Fragt unsere kleinen Freunde: **Kinder wissen, was gut schmeckt!**

Berne, 22. Mai. In der Forenabstimmung eines Hauses wurde heute früh eine weibliche Person tot aufgefunden. Die Würgemale und Fingernagelspuren an Hals wiesen auf einen gewaltsamen Tod hin. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um die 37-jährige geschiedene Ehefrau Elisabeth Kapp, die in verschiedenen Wirtshäusern in Berne gelehrt wurde, wo sie Männerbekanntschaft suchte. Auffallend ist, daß bei der Toten die Schuhe fehlen. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Berlin, 22. Mai. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern entschlossen, einer polizeilichen Anweisung in dem Umfange zuzustimmen, wie sie von anderen Regierungsparteien vorgeschlagen wird. **Berlin, 22. Mai.** Am Mittwoch geht der Reichstag in die Pfingstferien, die nach den Dispositionen des Reichstages auf vierzehn Tage angelegt sind. Es ist indes möglich, daß wegen der sich nähernden Wahlen sich der Termin verschieben dürfte. Aufgegeben muß damit gerechnet werden, daß die ursprüngliche Absicht des Reichstags, bis Ende Juni seine Arbeiten zu erledigen, nicht verwirklicht werden kann. Neben der Verabschiedung des Etats ist ja auch noch die Wahlfrage zu regeln. Vor Mitte Juli wird demnach der Reichstag schwerlich in die Ferien gehen können.

Berlin, 22. Mai. Im Kabinett ist heute das Ankerbelohnungsprogramm besprochen worden. Der Reichspostminister Schögel, der noch vor kurzem angegeben mußte, daß er seinen Etat um 80 Millionen überschritten habe, ist veranlaßt worden, die in Aussicht genommenen Aufträge umhundert zu verteilen. Ueber die Finanzierung der Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft konnten noch keine Entscheidungen getroffen werden. Ueber die sonst noch dringenden finanziellen Probleme, hauptsächlich das der Arbeitslosenversicherung, will das Kabinett sich bis Dienstag schlüssig machen.

Lübeck, 22. Mai. Die Zahl der an dem Calmette-Verfahren erkrankten Kinder hat sich um zwei erhöht, jedoch insgesamt 69 Kinder erkrankt sind. Ein Kind ist inzwischen wieder hergestellt. Neue Todesfälle sind nicht eingetreten. Heute werden aus Paris zwei Sachverständige des Pasteur-Instituts mit einem Untersuchungsbericht über die Ursache des Fehlschlages des Calmette-Verfahrens angereist.

Wien, 22. Mai. (Kr. Randow), 22. Mai. Heute früh fand man an der Chaussee Ködnitz-Berglau in einem Mühlgraben ein umgestülptes Automobil. Nach Beratung des Wagens aus dem einen Meter tiefen Bach fand man im Inneren des Autos dessen Besitzer, Kaufmann Erich Wendt aus Stettin, ertrunken an. Der Verunglückte hatte vergeblich versucht, mit einem Taschenmesser das Verdeck des Wagens zu durchschneiden.

Wien, 22. Mai. Der Ministerrat hat beschlossen, das in Aussicht genommene Entwaffnungsgezet sofort dem Nationalrat zuzustellen, die parlamentarische Beratung des Gesetzes wird am Freitag beginnen. In seiner zur Begründung des Gesetzes in Aussicht genommenen Rede wird Bundeskanzler Schöber die Forderungen der Heimwehr als für die Regierung unannehmbar bezeichnen.

Prag, 22. Mai. Heute nachmittag stießen in der Nähe des Flugplatzes Letnan zwei Militärflugzeuge zusammen. Zwei Offiziere wurden getötet, einer kam mit Verletzungen davon.

Romano, 22. Mai. Im Dorf Focimial ermordete der Landwirt Hoffein in einem Anfall geistiger Unmündigkeit seine drei Kinder im Alter bis zu fünf Jahren. Dann stellte er sich der Polizei.

Paris, 22. Mai. Der Postdampfer „Asia“, der mit 1500 Meckapfchern beladen durch das Rote Meer fuhr, steht seit gestern abend in Flammen. Ob und wie viele Passagiere dem Brand zum Opfer fielen oder in den Fluten ertranken, ist bis zur Stunde noch nicht geklärt. Die „Asia“, ein Postdampfer der „Faber“ von 5800 Tonnenn, hatte mit arabischen Pilgern an Bord am 5. April Marseille verlassen. In Djibda, dem Hafen Mekkas, wurden die Pilger ausgebaut und etwa 1500 helmkehrende Pilger eingeladen, die das Schiff nach Djibbuti bringen sollte. Das Feuer brach in Sichtweite des Hafens von Djibda im Roten Meer aus. Im Laufe des Vormittags traf bei der „Faber“ eine Funknachricht ein, der zufolge die gesamte Mannschaft, die 56 Köpfe zählte, gerettet worden ist, ebenso der Kapitän Namens Marchand. Eine Anzahl der Pilger dagegen soll in den Flammen oder in den Fluten umgekommen sein.

London, 22. Mai. Während der Probefahrt des R 100 III die

Hülle des Luftschiffes in einer Länge von 10 Metern beschädigt worden, die Fahrt wurde aber dadurch nicht beeinträchtigt. Die Ergebnisse der Probefahrt sind befriedigend. Die Stundenschnelligkeit erreichte fast 130 Kilometer.

Rio de Janeiro, 22. Mai. Als „Graf Zeppelin“ heute vormittag den Äquator überflog, erhielt, wie ein Funkpruch besagt, Dr. Schner, der die Linie zum ersten Mal kreuzte, entsprechend dem alten Seemannsbrauch die Einleitungs von den anderen Fahrgästen, die bereits Mitglieder der sogenannten Neptungesellschaft waren.

Worms am 3. Juni endgültig frei.
Die Räumung der Stadt Worms durch die französische Besatzung wird am nächsten Mittwoch beendet sein. Die Zahl der Truppen ist im Laufe der letzten Wochen schon wesentlich vermindert worden. Daneben gehen auch laufend Materialtransporte. Schätzungsweise dürften sich jetzt noch 600 bis 800 Mann in der Stadt befinden. Der nächste Transport erfolgt am 21. Mai, ein weiterer am 26. Mai. Damit haben die geschlossenen Formationen die Stadt geräumt. Am kommenden Mittwoch geht noch ein Materialzug ab, der den Abbruch der Räumungsaktion in Worms darstellt. Die letzten französischen Gendarmen werden Worms allerdings erst am 3. Juni verlassen.

Essentielle Zurückweisung eines Angriffs Wabrauns gegen das Reichswehrministerium.

Berlin, 22. Mai. Ein Berliner Blatt veröffentlicht einen Teil des Schreibens, das der Reichswehrminister Gröner an Herrn Wabraun, den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, gerichtet hat. Der Hauptteil des Schreibens ist aber in der Zeitung nicht zum Ausdruck gebracht worden. Es stellt die Erwiderung dar auf die Angriffe Wabrauns gegen die professionalistische Einstellung der Reichswehr und besonders des Generals v. Schleicher. In diesem Teile heißt es: Da es mir trotz meiner unzweideutigen Erklärung im Parlament und in der Presse nicht gelungen ist, Sie von Ihrer fixen Idee über die Beziehungen des Generals von Schleicher zu Rußland abzubringen, und da Sie einer persönlichen Besprechung über diese Dinge ausweichen, so muß ich mir verlohnen, in Zukunft überhaupt auf Ihre Angriffe einzugehen. Ich werde die Verantwortlichkeit in geeigneter Form hiervon unterrichten.

Wirth greift ein.
Berlin, 22. Mai. Reichsinnenminister Wirth hat gestern das Antwortschreiben der thüringischen Regierung auf seine andauernden Darlegungen erhalten. Minister Wirth hat noch gestern das Schreiben beantwortet, soweit es sich um die von Minister Fried empfohlenen „Schulgebiete“ handelt, die ja nur eine der zwischen dem Reich und Thüringen bestehenden Streitfragen darstellen. Er hat den Staatsminister Baum erludt, die von Minister Fried gegebene Empfehlung der Schulgebiete und die an die Schulbehörden gerichtete Aufforderung zur Berücksichtigung über die Ausführung dieser Empfehlung unbedenklich zurückzugeben.

Ein Auto in Flammen. Ein Reisender der Kolonialwaren-Großhandlung A. Niehoff in Olmsburg wollte tanzen, als er bei der Abfahrt merkte, daß Funken aus dem Motor des Autos sprühten. Das Feuer lag plötzlich ganz hoch in die Höhe, so daß ein großer Brand ausbrach, der vollständig verheert wurde. Der Wagen, der viele Lebensmittelpakete und Flaschen enthielt, ging in Flammen auf.

Ein Unfallwagen in der Schafherde. Ein Schäfer zog mit seiner Schafherde durch Mindelheim, als plötzlich ein Lastwagen mitten in die Herde fuhr und ein entsetzliches Mordbad anrichtete. Fünf Schafe waren auf der Stelle tot, 6 mußten sofort geschlachtet werden. Die Schafe wurden mitgeschlachtet und brachten auf diese Weise den Wagen zum Stehen. Angeblich sollen die Bremsen des Autos verfault haben.



Zweiter Tag der Wehrdebatte.

Berlin, 22. Mai. Eine so friedliche Wehrdebatte wie heute hat man selten erlebt. Ein Redner nach dem anderen pflichtete Herrn Gröner in den Gehern von ihm vorgetragene Maximen bei, daß die Reichswehr ein Institut sei, das stark erhalten werden müsse, zumal die anderen ringsum bis an die Zähne sich bewaffnen. Mit Ausnahme der Kommunisten gibt es in diesem Punkte, wie die Diskussion erweist, keine Meinungsverschiedenheiten. Strittig ist eigentlich nur das Maß der Aufwendungen, die wir bei der Auspönerungspolitik der Mächte für das junge Meer leisten können. Während der Volkspartei der Brüninghaus, der selber ein alter Militär ist, in dem gegenwärtigen Etat noch das Minimum sieht, hält der Demokrat Kütz weitere Einschränkungen ohne Gefährdung der Wehrmacht für möglich. Er ging in diesem Zusammenhang auch nochmals auf die Panzerschifffrage ein, die merkwürdigerweise bisher in der Beratung eine keineswegs überragende Rolle gespielt hat. Der Abgeordnete Francois von der Wirtschaftspartei warf die berechtigte Frage auf, was denn der Volkspartei eigentlich getan habe, um die Abrüstung zu fördern. Im übrigen gibt es wohl kein Mitglied des Etats, das nicht abgegrast wurde: Die militärische Erziehung der Jugend, die Unterbringung der Militäranwärter, der Freiwilligenersatz, Beförderungsfragen, das Selbstmordkapitel, die Politisierung des Heeres, Beförderungsgeschichte, Themen von denen jedes einzelne seinen Kritiker fand. Auch der Gedanke einer Verdringung Europas wurde berührt. Dr. Kütz schritt ihm mit großem eblidchem Verständnis an und Lindner-Bildau von der Volkspartei spannte ihn weiter fort. Unter dem Widerspruch der Rechten deutete er die Möglichkeit an, daß die Idee des Rechts vielleicht doch einmal triumphieren könne. Bis es so weit sei, müßten Klärungsarbeiten des Versailles Vertrages ausgeführt werden. Wehrminister Gröner ließ sich nochmals vernehmen, um seine geistigen Ausführungen zu ergänzen. Er bemühte sich, denen den Star zu streben, die unter den schlingenden Ästchen des Völkerbundes eines eigenen Heeres entraten zu können glauben. Die Ausdehnung der Rüstungsmöglichkeiten verlangte Gröner auch für die Marine, ohne indessen, wie ja nach der ganzen Haltung der Regierung zu erwarten war, auf der Panzerschifffrage zu bestehen. Von den Nationalsozialisten wurde dem Minister durch den Ritter von Epp das schärfste Mißtrauen bekundet. Gegen Ende der Sitzung kam es noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Gröner und dem Sozialdemokraten Künzler, der in provokierender Form Auskunft über die Rüstungsmöglichkeiten verlangte. Gröner wies die Behauptung Künzlers, das Reichswehrministerium suche die Anwesenheit zu verschleiern, mit aller Schärfe zurück und erregte bei den Sozialdemokraten Aufbruch, als er das Verhalten Künzlers den „Gipfel der Verantwortunglosigkeit“ nannte. Im Laufe der Debatte zeigte sich, daß Kommunisten und

Nationalsozialisten gemeinsam gegen den Reichswehrminister Gröner stimmten. Es gelang nicht, wie ursprünglich vorgegeben, die Beratungen des Wehrrechts heute abzuschließen. Sie mußten auf morgen vertagt werden.

Neue Reihbeträge.

Berlin, 22. Mai. Das Gespenst eines neuen Etat-Defizits geht um, das aus Mindereinnahmen, die teils auf schlechte Konjunktur und teils auf zu optimistische Vorausschlüsse zurückzuführen ist, stammt. Man besorgt diesen Anfall auf insgesamt 200 Millionen Reichsmark. Wie diese Summe wieder eingebracht werden soll, ist vorläufig noch schleierhaft. Man will versuchen, noch zwischen zweiter und dritter Lesung Erbschaftsteuern im Etat vorzunehmen. Aber viel wird ersparungs-gemäß bei solchen Bemühen nicht herauskommen. Darum taucht schon jetzt die Befürchtung auf, die Regierung werde zum Herbst genötigt sein, einen Nachtragsetat einzubringen. Die Defizitfrage kann man wahrscheinlich vor der Sommerpause nicht mehr abschneiden. Kurz und gut: die Finanzkrise ist noch keineswegs überwunden. Dr. Woldebauers Versicherung, daß die Reichskasse saniert sei, gilt heute bereits als überholt. Neue Steuern drohen. Die Aussichten der Steuererhebung werden unter solchen Umständen immer trüber. Mittlerweile dauert die Abhängigkeit des Finanzministers mit einzelnen Führern und Sachverständigen der Regierungspartei über die Art der Aufbringung des außerdem noch bestehenden 200-Millionen-Defizits aus der Arbeitslosenversicherung an, ohne daß sich aus den verschiedenen zur Diskussion stehenden Lösungen bisher eine greifbare Basis herauskristallisiert hätte.

Eine neue Rede Mussolinis.

Mailand, 22. Mai. Bei der feierlichen Uebergabe eines von den italienischen Kriegssperleuten gestifteten künstlerischen Kommandoabtes an Mussolini hielt dieser eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Folge meiner Reden in Livorno und Florenz war, daß alle Hände schüttelten, um die Kapitole der verschiedenen Länder Europas zu treffen. Niemals hat man ein glänzenderes Schauspiel der menschlichen Gerechtigkeit gesehen. Nur in Italien gibt es Kanonen, denn anderswo hat man nur Spazierhüte. Nur in Italien stehen Kasernen, denn anderswo sind es nur unanständige Vergnügungs- und Andenkenorte. Nur Italien hat die Freiheit, eine Kriegsmarine zu besitzen, während die anderen Nationen nur Verkehrs- und Vergnügungsboote haben. Wir wissen aber, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht und daß, wenn alle Länder gerüstet sind oder rüsten, man nicht begreifen könnte, weshalb Italien allein entworfen sei oder nicht rüsten sollte.

„Graf Zeppelin“ in Pernambuco glatt gelandet.

Rio de Janeiro, 22. Mai. In einem Anknirsch aus Pernambuco wird „Graf Zeppelin“ um 22.30 Uhr mitteltags-

läufige Zeit über Recife bei Pernambuco gemeldet. Das Luftschiff ist nach einer kurzen Fahrt über der Stadt glatt gelandet. „Graf Zeppelin“ hat den Südatlantik in 61 Stunden von Sevilla überquert. Der Zeppelin überflog die erste südamerikanische Insel Fernando de Noronha um 16.40 Uhr mitteltags-europäischer Zeit. Er kreuzte die Insel, die jetzt eine Strafkolonie ist, eine Viertelstunde lang und nahm dann weiter Kurs zur südamerikanischen Küste. Die Nachricht, daß das Luftschiff am Donnerstag abend landen und im Freitag früh nach Rio de Janeiro weiterfliegen wird, wurde in Pernambuco durch Extrablätter verbreitet. In der Stadt herrschte überall Feiertagsstimmung. Die Läden wurden bereits am frühen Nachmittag geschlossen und eine ungeheure Menschenmenge begab sich auf das Flugfeld Campo Alfonso, wo nach Polizeirichtern die Ordnung aufrecht erhalten. Zum Empfang des Zeppelins strömten weitere Menschenmengen in Zonen, die nach Pernambuco herbei. Die Stadt ist derzeit überfüllt, daß es vielen Menschen unmöglich ist, Unterkunft zu finden und sie im Freien zu übernachten gezwungen sind.

Turn-Verein Zainen.

Zu seiner am Sonntag den 25. Mai 1930 im Gasth. „Lamm“ in Zainen stattfindenden

Tanz-Unterhaltung

ladet höflichst ein der Turnrat.

Obernhausen.

Geschäfts-Eröffnung u. Empfehlung.

Gebete der hiesigen Einwohnerschaft und Umgebung bekannt, daß ich am hiesigen Platz ein Flaschner- und Installations-Geschäft eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch. Reparaturen aller Art werden gut und billig ausgeführt.

Achtungsvoll Paul Idler.

Aufforderung.

Zur Durchführung des § 19 Abs. 2 des am 1. Juli ds. Js. in Kraft tretenden Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 146) werden die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, die für eine einzelne Bezirksgemeinde oder für den ganzen Oberamtsbezirk bestehen, hienmit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen unter näherer Angabe ihres Namens und Geschäftsbezirks sowie der Zahl der in ihnen vereinigten Arbeitgeber oder Arbeitnehmer dieses Bezirks schriftlich beim Oberamt anzumelden. Neuenbürg, den 22. Mai 1930.

Oberamt: Lempp.

Gemeinde Dennach.



Stammholz-Verkauf.

Aus dem Gemeindevwald kommen zum Verkauf: La- u. Fi.-Stammholz: I. 42,41 II. 78,18 III. 63,39 IV. 69,48 V. 52,89 VI. 7,95 Sägholz: I. 18,22 II. 18,26 III. 18,16 IV. 11,12 V. 4,31 VI. 0,13 Dem Verkauf liegen die Bedingungen des Waldbesitzerverbands zu Grunde. Schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise sind bis spätestens Mittwoch den 28. Mai 1930, nachmittags 6 Uhr, beim Schultheißenamt einzulegen. Den 22. Mai 1930. Schultheißenamt.

Birkenfeld-Eugelsbrand.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulfreunde und Schulfreundinnen zu unserer am

Sonntag den 25. Mai 1930 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Traube“ in Eugelsbrand freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung anzunehmen zu wollen.

Abfahrt um 1/10 Uhr am elterlichen Haus in Birkenfeld.

Eugen Sautter, Birkenfeld. Else Burghard, Eugelsbrand.

Kirchgang 11 Uhr in Eugelsbrand.

Hochzeits-Karten

liefert rasch und preiswert die E. Reeh'sche Buchdruckerei.

Geschäfts-Eröffnung!

Der verehrten Einwohnerschaft von Herrenalb und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich Gernsbacherstraße 53 in Herrenalb ein

Feinkosthaus

mit Fabrik-Niederlage der ersten und größten Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren von Wiesbaden eröffnet habe.

Lieferung an Hotels und Pensionen usw. zu Vorzugspreisen ab hier oder ab Fabrik. Circa 50 Sorten Wurst- und Fleischwaren lieferbar.

Um geneigten Zuspruch bittet

achtungsvoll

Emil Baier.

Krieger-Verein Neuenbürg. Zur Teilnahme am Bundestag in Wildbad

sammelt sich der Verein 11.30 Uhr im Lokal „Bären“. Abfahrt mit Sonderzug 12.20 Uhr vom Hauptbahnhof aus.

Anzug: Sonntag-Anzug, niedere Hut. Orden und Ehrenzeichen sind auf der linken, Bundes- und Festabzeichen auf der rechten Brustseite zu tragen, im übrigen derweil die Kameraden auf die Bestimmungen des Präsidiums in der Kriegerzeitung Nr. 20. Der Vorstand. Neuenbürg. Morgen Samstag

Schlachtpartie bei Scholl zur „Traube“.

Eine Hut- und Fahrkub mit dem ersten Kalb ist zu verkaufen. Hauptstraße Nr. 20.

Etwa 5000.- Mark gegen la Hypotheken-Sicherheit an pünktl. Zinszahler auszuleihen; eotl. in 2 Posten geteilt.

Angebote, welchen die amtlichen Schätzungsurkunden beigegeben sein müssen und die umgehend wieder zurückgefunden werden, sind sofort unter R. W. 350 an die Enzfelder-Geschäftsstelle einzulegen.

Höfen a. E. Heute Freitag



Megelsuppe im „Dahjen“

Calmbach. Morgen Samstag und Sonntag findet im Gasthaus „Waldhorn“



Schlachtfest mit Konzert

statt, wozu freudl. einladet Hermann Dötting u. Frau.

Krieger- und Militär-Verein Birkenfeld.

Der Verein besucht am Sonntag den 25. Mai den Bundestag in Wildbad. Abmarsch vom Lokal, vorm. punkt 10 Uhr. Um vollgültiges Erscheinen wird gebeten.

Der Aussch.

Neuenbürg.

Schöne

2-3 Zimmer-Wohnung

sofort zu mieten gesucht. Zu erfragen in der Enzfelder-Geschäftsstelle.

Birkenfeld, den 23. Mai 1930.

Codes-Anzeige.

Lieferantinnen geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emilie Fig

im Alter von 17 Jahren unerwartet rasch durch einen Unglücksfall uns entzissen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen: Familie Emil Fig mit Angehörigen. Beerdigung am Samstag nachmittags 1/5 Uhr.

Ottenhausen, 22. Mai 1930.

Statt besonderer Anzeige.

Mein geliebter Mann, unser guter Vater und Großvater

Johann Gänger, Zimmermann,

ist heute nach langen, schweren Leiden im Alter von 70 Jahren sanft entschlafen.

Mina Gänger, geb. Fieß, Gustav Gänger, Marie Gänger, geb. Klefer und die Enkelkinder.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittags 3 Uhr statt.

Gesangbücher

zu haben in der E. Reeh'schen Buchhandlung

